

Mark Harthun

Kellerwald: Naturpark oder Nationalpark?

Die Entwicklungen im Jahr 2001

1 Ausgangslage Anfang 2001

Seit 1991 laufen die Vorbereitungen für einen Nationalpark Kellerwald südlich des nordhessischen Edersees, dessen Ausweisung für 1999 angekündigt war. Naturschutzfachlich unstrittig (FREDE 1999, PANEK 2000, PRO NATIONALPARK 1992, TAMM 1999), ist das Nationalpark-Projekt nach der Landtagswahl 1999 und dem Regierungswechsel Opfer einer parteipolitischen Ideologie geworden. Im Winter 1999/2000 hatte der hessische Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU) überraschend 3009 Festmeter Buchen und Eichen im FFH-Gebiet Kellerwald, dem Areal des geplanten Nationalparks, einschlagen lassen. Der Verkauf der Buchen aus Beständen über 120 Jahre, die eigentlich per Erlass vor einem Einschlag geschützt sind, erbrachte einen Nettogewinn von 117.354 DM (Antwort vom 22.12.00 auf eine Kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen).

Naturschützer verschiedener Verbände hatten massiv dagegen protestiert. Höhepunkt der Aktionen im Jahr 2000 war eine Sternwanderung des NABU-Landesverbandes mit einer Kundgebung am 30.9. in Frankenuau, an der rund 600 Leute aus ganz Hessen teilnahmen. Der Widerstand hatte Erfolg: Am 2. November 2000 gab der Umweltminister einen Erlass heraus, wonach kein Einschlag von Laubholz, einschließlich Los- und Gabeholz, im gesamten FFH-Gebiet mehr zulässig ist. (HARTHUN 2000a). Für erhebliche Irritationen sorgte jedoch der Entwurf eines neuen Standarddatenbogens für das gemeldete FFH-Gebiet, der am 23. Oktober bei einem Treffen mit dem Präsidenten des Bundesamtes für

Naturschutz, Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, vom HMULF-Abteilungsleiter für Forsten, Dr. Wolfgang Dertz, beiläufig präsentiert wurde. Darin sollte der „Nutzungsverzicht“ des Gebietes auf Teilflächen reduziert werden. Der NABU bat daher die Europäische Kommission um Fortführung der eingereichten Beschwerde (HARTHUN 2000b), da offenbar nach wie vor die Absicht der Landesregierung besteht, die Nutzung der Altbuchenbestände wieder aufzunehmen. Die Position des NABU fand Bestätigung durch ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten von Dr. Cornelia Ziehm aus Hamburg (ZIEHM 2000). Nachfolgend werden die Entwicklungen im Jahr 2001 zusammenfassend dargestellt.

2 Vollständiger Schutz der Laubwaldbestände im Winter 2000/01

Mit seinem November-Erlass (2000) hat Umweltminister Dietzel die gesamten Laubholzbestände aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen - mit noch größerer Konsequenz als sein Vorgänger Gerhard Bökel (SPD). Lediglich 65 Festmeter Holz wurden im Rahmen der Wegesicherung entnommen. Auf nahezu 75 % der Fläche des FFH-Gebiets sind nun die natürlichen Prozesse geschützt - ein Qualitätsstandard, welcher in ähnlicher Größenordnung nur in einigen Nationalparks Deutschlands zu finden ist. Damit gehört das FFH-Gebiet Kellerwald zu den hochwertigsten der Europäischen Union.

Mit diesem Schritt wurde ein wesentliches naturschutzfachliches Ziel des geplanten Nationalparks

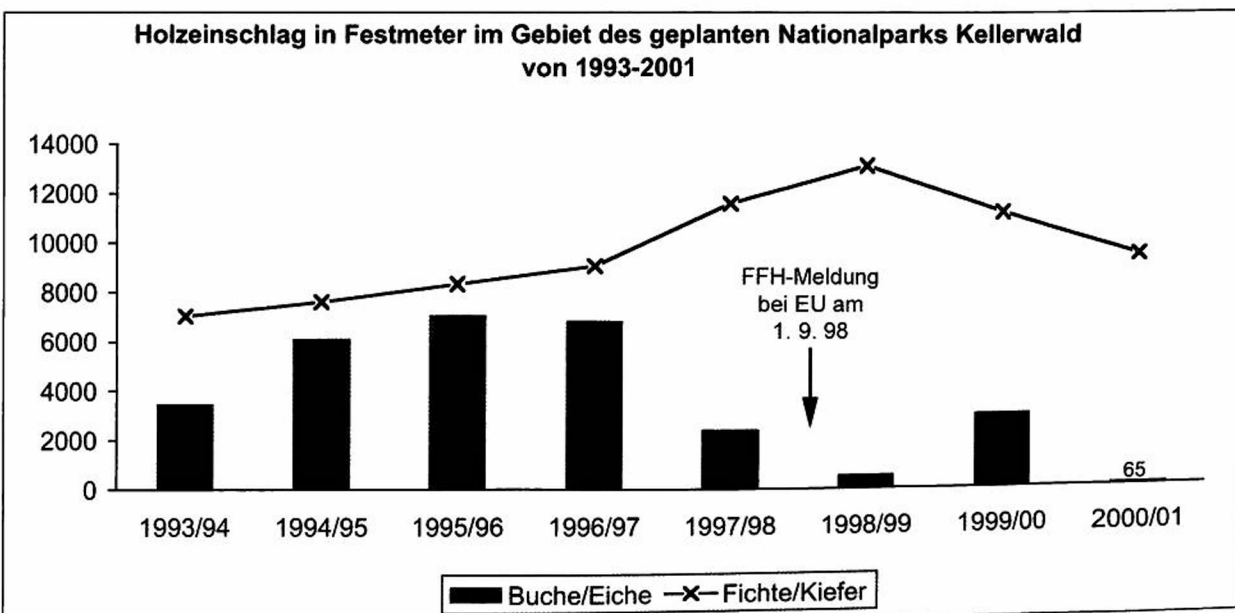


Abb. 1: Entwicklung des Holzeinschlags im FFH-Gebiet Kellerwald.

	1993/9 4	1994/9 5	1995/9 6	1996/9 7	1997/9 8	1998/9 9	1999/0 0	2000/01
Buche/Eiche	3434	6097	6995	6791	2392	530	3009	65
Fichte/Kiefer	7051	7614	8301	9051	11601	13149	11242	9518

Tab. 1: Holzeinschlag im FFH-Gebiet Kellerwald in der Zeit von 1993 - 2001. Der Holzeinschlag von Fichte/Kiefer im Jahr 1999/2000 und 2000/2001 bezieht sich auf das gesamte Forstamt Edertal und ist damit nur ein Näherungswert. Die Angabe für 2000/01 schließt beim Nadelholz die Lärche mit ein.

erreicht. Carl-Albrecht von Treuenfels vom WWF gratulierte dem Ministerpräsidenten Roland Koch in einem Schreiben vom 14.12.2000 zu dem Verzicht auf den Laubholzeinschlag, forderte ihn aber zugleich zur Ausweisung des Nationalparks auf. Der hohe Qualitätsstandard des Gebiets lässt sich auch nach Ansicht des NABU nur angemessen schützen touristisch vermarkten, wenn er durch das Prädikat „Nationalpark“ auch national und international bekannt gemacht werden kann. Ein Naturpark allein steht immer noch in zu großer Konkurrenz mit anderen Naturparks, um die Besonderheit einer hochwertigen Kernzone wirklich erkennen zu lassen.

3 Neue Begehrlichkeiten: Eine Skipiste im zukünftigen Nationalpark?

Am 21. Dezember startete überraschend ein dreitägiger Testlauf für Kunstschnee-Kanonen auf dem Hemfurther Peterskopf. Die Initiatoren Rudolf Hebeler (Bad Wildungen) und Ulrich Seidlitz (Rehbach) setzen sich für ein „Kunstschnee-Zentrum Edertal“ ein. Eine zwei Kilometer lange Abfahrts piste soll in der Höhe zwischen 210 und 539 Metern ü. NN durch Rodung von etwa 10 Hektar Bannwald geschaffen werden. Sie soll durch 7-8 Schneekanonen versorgt werden. 8 Millionen Mark soll die Realisierung der Skipläne kosten. Die Investoren sprechen von dann 200.000 jährlichen Besuchern des Peterskopfes, die Skipiste werde von max. 2000 Personen pro Tag genutzt, wofür 700 Parkplätze benötigt würden. 30.000 zusätzliche Übernachtungen würde es geben, sowie ein Umsatzvolumen von 20 Millionen Mark (WLZ 29.10.01). Die Gemeinde Edertal stimmte dem Projekt bei drei Gegenstimmen zu (WLZ 22.6.01) und will eine Umweltverträglichkeitsstudie begleiten, aber nicht finanzieren. Politische Rückendeckung bekam das Projekt auch durch den Magistrat Bad Wildungen. Ener gischen Widerstand gab es nur von Wolfgang Lübcke aus der FDP-Fraktion.

Der NABU hat zur Thematik ein Positionspapier erar beitet und den politischen Vertretern der betroffenen Städte und Gemeinden, dem Kreis, dem Regierungsprä sidium und dem Land Hessen zugeleitet. Darin wird dar gestellt, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit damit gerechnet werden müsse, dass eine deutlich größere Waldfläche entweder gerodet oder dauerhaft der natür lichen Entwicklung entzogen würde. Betroffen wären zu 95 % Laubwaldbereiche, die an den Steilhängen Schutz waldcharakter besitzen. Der von den Investoren vorge schlagene Ausgleich durch Aufforstungen in den Wie sentälchen ist nach Auffassung des Forstamtsleiters

Edertal Hugo Hücker völlig unrealistisch, weil die Täl chen seit vielen Jahren bewusst offengehalten werden.

Der NABU hält das Projekt aufgrund des Rechtssta tus dieses Gebietes für nicht genehmigungsfähig:

Landschaftsschutzgebiet: Der Projektbereich liegt im LSG „Waldschutzgebiet Gatter Edersee“. Dieses LSG hat einen besonderen Status und hebt sich naturschutzrechtlich deutlich von den anderen groß flächigen LSG ab.

Bannwald: Als Bannwald genießt das Waldschutzgebiet den höchsten Schutzstatus nach dem Hessischen Forstgesetz (Staatsanzeiger 47/1991). Rodungen sind deshalb verboten.

FFH-Gebiet/Natura 2000: Die hessische Landesregie rung hat das Gebiet am 11.9.1998 bei der Europäi schen Kommission als FFH-Gebiet (nach der Fauna Flora-Habitat-Richtlinie) vorgeschlagen und dabei dessen ökologische Wertigkeit als sehr hoch einge stuft. Es kommen prioritäre Lebensräume vor, die bei einem Eingriff das Einholen einer offiziellen Stellung nahme der EU-Kommission erfordern.

Vogelschutzgebiet (SPA) nach der Europäischen Vogel schutzrichtlinie/Natura 2000: Das Gebiet wurde von der hessischen Landesregierung als Europäisches Vogelschutzgebiet gemeldet und ist auch Teil eines größeren „Important Bird Area“ (IBA) der europäi schen Vogelschutzorganisation BirdLife.

Naturschutzgebiete (NSG): Das Projektgebiet grenzt direkt an die beiden bestehenden NSG „Dicker Kopf“ und „Stausee von Affoldern“ an. Diese Gebiete sind auch vor Eingriffen von außen per Verordnung geschützt. Eingriffe können auch Lärm und Freizeit rummel sein.

Das Projektgebiet befindet sich also in einem Bereich, der durch höchste internationale und nationale Vorschriften des Naturschutz- und Forstrechts vor Ein griffen und negativen Entwicklungen bewahrt werden soll. Der Einsatz von Schneekanonen ist jedoch wegen Lärm und ggf. chemischer Zusätze nicht unproblema tisch. Lärm wirkt als Störfaktor tief in den angrenzenden Wald hinein (300-500 m). Der steile Hangwald des Peterskopfes schützt den Berghang vor Erosionsgefahr. Eine Rodung kann daher zu einem Erdbeben führen. Aus forstlicher Sicht erhöht die Schneise der Skipiste die Windbruchgefahr in den umliegenden Waldbeständen. Bisher unbeantwortet blieb die Frage von weiterem Flä chenverbrauch für Infrastruktureinrichtungen, die erfah rungsgemäß erforderlich werden. Die Verkehrsbelas tung der Ortsdurchfahrten von Gifflitz, Mehlen, Affoldern, Hemfurth, Wellen und Bergheim würde sich durch die erwarteten 200.000 Besucher erheblich erhöhen.

Das Entwicklungskonzept für die Region Kellerwald/Edersee geht von dem Leitbild eines „sanften Tourismus“, d. h. umweltverträglichem Tourismus aus. Eine entsprechende Zielsetzung hat auch Minister Dietzel anlässlich der Einweihung des Info-Zentrums in Frankenu am 2.6.01 für den Naturpark Kellerwald/Edersee formuliert. Ein Massentourismus (als Tagestourismus) passt jedoch nicht zu diesem Leitbild. Ein Naturpark „de luxe“ (Landrat Helmut Eichenlaub, CDU) ließe sich nicht mehr realisieren. Kontraproduktiv wäre die Skipiste auch für Exkursionen und Öffentlichkeitsarbeit im Kernbereich des Naturparks: Das Hochspeicherbecken mit seinem herrlichen Ausblick wird hierfür zunehmende Bedeutung gewinnen. Eine Skipiste an diesem Ort, die Nebenanlagen und eine Sommerrodelbahn würden den Wert dieses Waldbereiches für die stille Erholung jedoch erheblich vermindern und eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit unmöglich machen.

Das Projekt ist zudem durch die geringe Höhenlage absurd. Die Skipiste am Willinger Ettersberg liegt 300 Meter höher, und dennoch klagt man dort - trotz Schneekanone - über regelmäßigen Schneemangel. (Kurz nach dem Test verhandelte der Skiclub Willingen mit den Peterskopf-Initiatoren über den Transport des Schnees nach Willingen, der ansonsten extra aus den Alpen geholt werden müsse! WA 11.1.01). Die Erderwärmung lässt nach Ansicht von Experten eine Schneesicherheit auf lange Sicht nur noch in Höhen über 1500 Metern erwarten (FR 16.1.01). Selbst im Skigebiet „Hohes Lohr“ im Kellerwald bei Battenhausen (200 m höher als der Peterskopf) gibt es im Durchschnitt der letzten 25 Jahre nur etwa zehn ganze Frosttage im Jahr (WLZ 4.1.01). Diese sind aber für das Betreiben von Skikanonen notwendig. Der Skibetrieb brachte dort für ein Hotel in der Saison gerade einmal 5-6 zusätzliche Gäste. Zwei Jahre nachdem der Lift gebaut worden war, musste das Hotel geschlossen werden (nach NABU 2001).

Der NABU hat daher am 23.12.2000 formal ein Beschwerdeverfahren bei der EU-Kommission gegen die Skipisten-Pläne eingereicht. Sie stoßen auch beim Bundesamt für Naturschutz und beim Regierungspräsidium Kassel auf Ablehnung (FR 23.12.00, Schreiben an den NABU vom 3.7.01). Dem Projekt Skipiste könne aus Sicht von Forst und Naturschutz „in keinem Fall zugestimmt werden“ heißt es in einem Schreiben an die Gemeinde Edertal. Auch der Edertaler Forstamtsleiter Hugo Hücker bezeichnete eine Skipiste am Peterskopf als Unglücksfall für die Natur. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Bökel teilte dem NABU seine „großen Bedenken“ mit, der damalige umweltpolitische Sprecher der CDU und heutige Staatssekretär im HUMLF, Frank Gotthard, hält sie „für nicht genehmigungsfähig“. Umweltminister Dietzel bestätigte am 19.10.01 vor dem NABU-Kreisverband Waldeck-Frankenberg: „Ich will nicht zulassen, dass dort eine Skipiste entsteht“. Auch öffentlich wiederholte eine Ministeriumssprecherin, dass es keinerlei Aussicht auf die Genehmigung gebe (FR 30.10.01). Dennoch wollen sich die Investoren weiter für die Skipiste einsetzen. Ein Umweltverträglichkeitsgutachten soll im Frühjahr/Sommer nächsten Jahres in die Wege geleitet werden. Edertals Bürgermeister Wolfgang

Gottschalk warf dem Umweltminister vor, er habe gar keine Befugnis, über das Projekt zu entscheiden und sei nur „einer von vielen Trägern öffentlicher Belange“ (WLZ 29.10.01). Der NABU hat deshalb gemeinsam mit dem BUND, der BVNH, der HGON und Greenpeace den Umweltminister gebeten, öffentlich klarzustellen, dass das Land auch als Grundstückseigentümer nicht bereit ist, seinen Grund und Boden für eine Skipiste zur Verfügung zu stellen.

4 Zwei Seelen in einer Brust?

Neufassung der Ziele des FFH-Gebietes, um Einschlag zu ermöglichen

Am 19.1.2001 verfasste die EU-Kommissarin Margot Wallström ein Mahnschreiben an die Bundesrepublik Deutschland, in dem sie wörtlich schreibt:

Es „wird eine die Erhaltungsziele des Gebietes beeinträchtigende erhebliche Verschlechterung im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 FFH-Richtlinie dadurch verursacht, dass ein massiver, allein innerhalb der Monate November 1999 bis März 2000 fast 1500 Bäume umfassender, Einschlag in den Altbestand der Buchenwälder erfolgt ist, der den Altholzanteil des Buchenwaldkomplexes erheblich verringert hat. Da der günstige Erhaltungszustand des Buchenwaldkomplexes ... im Kellerwald und seine besondere Naturschutzbedeutung auch und gerade durch die Aufrechterhaltung des außergewöhnlich hohen Altersdurchschnitts der Buchenwälder bestimmt wird, bedeutet dies eine erhebliche Verschlechterung der betreffenden im Gebiet geschützten natürlichen Lebensraumtypen.....Damit bedeutet die erhebliche Verringerung der Altholzbestände auch eine erhebliche Verschlechterung der Habitate der im Gebiet geschützten Arten sowie eine erhebliche Störung dieser Arten. Es ist damit zu rechnen, dass diese Verschlechterung durch eine Fortsetzung des Einschlags in die Althölzer weiter vertieft wird. Entsprechend ihrem derzeitigen Kenntnisstand ist die Kommission daher der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Holzeinschlag in die Altbestände im Kellerwald gegen die Vorschriften des Artikels 6 Absatz 2 i.V.m. Artikel 7 FFH-Richtlinie verstößt“.

Dennoch wurde im Zuge der 3. Melde-Tranche von FFH-Gebieten im Sommer 2001 von Hessen ein neuer Standardbogen bei der EU-Kommission eingereicht, der den verstärkten Einschlag wieder ermöglichen würde. Dieses Vorgehen steht im konträren Gegensatz zu dem vom Umweltminister eingeleiteten Einschlagverzicht, und stößt daher auf Unverständnis bei den Naturschutzverbänden. Auch das Bundesamt für Naturschutz hält dieses Vorgehen für unakzeptabel, die Europäische Kommission für „problematisch“ (FR 11.1.01).

In der Zeitschrift „Prisma“ der GH Kassel erschien im April eine Gegenüberstellung der Positionen des Umweltministers zum Naturpark und des NABU-Kreisvorsitzenden in Kassel Michael Helmert zum National-

park (DIETZEL & HELMERT 2001). Dietzel wiederholte in diesem Artikel seine Auffassung, „der Fortbestand des Buchenwaldes“ werde „durch die Holznutzung... gesichert“. „Etwa ein Fünftel der Fläche des Waldschutzgebietes (solle) aus der forstlichen Nutzung“ genommen werden. Das wären weniger als 1000 ha. Auf der übrigen Fläche solle „naturgemäße Waldwirtschaft“ betrieben werden, „woraus sich auch die besondere Erholungswirkung der Waldbestände wegen ihres Strukturereichtums ableitet“. Eine besorgniserregende Haltung, denn Strukturereichtum ist ja gerade Ziel des Nationalparks und ist im bewirtschafteten Wald nur in viel geringerem AusmaÙe vorhanden.

5 HMULF-Rechtsgutachten

Ein vom hessischen Umweltministerium in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten vom Trierer Rechtsprofessor Dr. Meinhard Schröder (SCHRÖDER 2001) führte das Vorgehen des Umweltministeriums selbst ad absurdum. In dem Gutachten heißt es, die europaweit schutzwürdigen Lebensräume nähmen im Kellerwald eine Fläche von 3191 Hektar ein. „Schon deshalb erscheint die in dem geplanten Naturpark vorgesehene Prozessschutzzone von ca. 2500 Hektar problematisch. Sie bleibt hinter der Gesamtfläche der Lebensräume klar zurück und erfasst nicht einmal den Hainsimsenbuchenwald mit seiner Fläche von 2700 Hektar vollständig“, so das Gutachten. Da das Gutachten darüber hinaus die Notwendigkeit eines Umgebungsschutzes betont, bestätigt es die NABU-Forderung nach der Errichtung eines Nationalparks auf einer Fläche von 5724 ha, zumal auch darin noch auf ca. 25% Nadelwaldanteil weiter eingeschlagen werden könnte. „Die Lebensräume, Habitate und Arten im Kellerwald sind im Zustand des Meldezeitpunktes zu erhalten. Zu diesem Zustand gehören auch die Angaben des Meldebogens zur ... Schutzbedürftigkeit des Gebietes“, so Prof. Schröder. Die Hamburger Anwältin Dr. Cornelia Ziehm kommentierte das Schröder-Gutachten und hob einige Aspekte noch einmal deutlich hervor. Danach habe der Standarddatenbogen Dokumenten-Charakter (ZIEHM 2001). Dies gelte „sowohl im Hinblick auf die Beschreibung des Ist-Zustandes als auch hinsichtlich der auf dieser Grundlage angegebenen Erhaltungs-, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen. Dies wiederum bewirkt die Verbindlichkeit der Angaben gegenüber der Kommission und die Selbstbindung der Mitgliedstaaten, unabhängig von einem Regierungswechsel auf Bundes- oder Länderebene“. Eine beliebige Änderung von Inhalten, die dem Naturschutzziel entgegenstehen, sei daher nicht zulässig.

6 Naturpark-Ausweisung

Unterdessen wurde seit Ende 2000 die Ausweisung eines Naturparks durch die Landesregierung forciert. Dabei wurde der extra hierfür berufene Naturpark-Beirat völlig missachtet, und nach wenigen unfruchtbaren Treffen (HARTHUN 2000a) gar nicht mehr einberufen.

Am 9. Dezember 2000 stimmte der Kreistag in Waldeck-Frankenberg mit den Stimmen von CDU, FWG,

FDP und Bündnis90/Die Grünen dem Satzungsentwurf für einen zu gründenden Zweckverband Naturpark Kellerwald-Edersee zu, die SPD lehnte ihn ab. Der SPD-Fraktionschef Jürgen Schröder wertete den Naturpark als „Übergangslösung“, faktisch sei der Nationalpark nicht mehr aufzuhalten (WA, 8.12.00).

Ein dringlicher Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion „betreffend Chance für Nationalpark Kellerwald“ wurde ebenfalls abgelehnt.

Zur Finanzierung des Zweckverbandes stellte das Land Hessen aus dem Programm „Zukunftsoffensive“ insgesamt 10 Millionen DM in den Jahren 2001-2003 (5 Mio in 2001, 3 Mio 2002, 2 Mio 2003) in Aussicht, woraufhin sich Bad Wildungen Mitte Mai 2001 entschloss, dem Zweckverband beizutreten, obwohl die Bad Wildunger Parlamentsmehrheit weiterhin mit Nachdruck auf den Nationalpark pocht. Man hätte sich den Naturpark als Übergangslösung gewünscht. Die Bad Wildunger haben sich aber ausdrücklich vorbehalten, nach dem Auslaufen der 10-Millionen-Förderung im Jahr 2004 wieder aus dem Naturpark-Zweckverband auszutreten. Die 10-Millionen-Förderung soll nach einer Pressemitteilung des HMULF für Verkehrs-Infrastrukturmaßnahmen, Touristische Infrastrukturmaßnahmen, Kultur, Waldnaturschutz, Erlebnisangebote zum Thema Holz, Energiegewinnung, Natur und Wasser ausgegeben werden.

Am 1. Juni 2001 wurde der Naturpark Kellerwald-Edersee als 10. Naturpark in Hessen mit über 36.000 ha durch eine Verordnung gegründet. Damit hat nun ein Drittel der hessischen Landesfläche (710.000 ha) Naturpark-Status. Die Verordnung ist jedoch ein inhaltsleerer Papiertiger:

„§3 Schutzgebiete

Regelungen über naturschutzrechtliche Schutzgebiete auf dem Gebiet des Naturparks, insbesondere solche über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 4 Zweckbestimmung

Die Erklärung zu dem Naturpark verfolgt den Zweck, das Gebiet gemeinsam mit der Bevölkerung entsprechend seiner Naturlausstattung und Erholungseignung zu schützen, zu entwickeln und zu erschließen sowie darüber hinaus modellhaft eine nachhaltige, umwelt-, naturschutz- und erholungsgerechte Infrastrukturentwicklung zu fördern.“

Im Gegensatz zu hochwertigen Verordnungen für Naturparke in den neuen Bundesländern, in denen klare Schutzzonen und die Verwaltung des Naturparks festgelegt wurden, fehlen der Verordnung für den Naturpark Kellerwald-Edersee sowohl Qualität als auch Besonderheit.

Am 2. Juni wurde das neue Informationszentrum „KellerwaldUhr“ in Frankenau übergeben, welches aus Landesmitteln finanziert wurde, die eigentlich für den Nationalpark eingeplant waren. Hier soll es in Zukunft regelmäßige Wechselausstellungen, Vorträge, eine Darstellung der Nahrungspyramide, ein Labor und einen Projektraum geben (Öffnungszeiten Di/Do 10-13.00 Uhr, Sa 14-17.00 Uhr, So/Feiertage 13-17.00 Uhr). Am gleichen Tag gab es harsche Kritik vom NABU, weil entdeckt worden war, dass kurz zuvor ironischer Weise neue Douglasienpflanzungen im FFH-Gebiet (Abteilungen

516, 517 und 522) vorgenommen worden waren, was dem Entwicklungsziel entgegensteht. Das Regierungspräsidium Kassel sicherte aber daraufhin dem Beratergremium für das FFH-Gebiet Kellerwald (HARTHUN 2000a) zu, dass in den nächsten zwei Jahren keine Nadelhölzer mehr gepflanzt würden.

Nach der Unterzeichnung der Satzung des Zweckverbandes im August 2001, der Träger des Naturparks ist, sind in der Verbandsversammlung die Kreise Waldeck-Frankenberg und Schwalm-Eder, sowie die Gemeinden Edertal, Gilserberg, Jesberg, Vöhl, Bad Zwesten und die Städte Frankenau, Gemünden, Waldeck und Bad Wildungen vertreten.

Mit der Ausweisung des Naturparks wurde im Grunde ein Baustein der 1992 entwickelten Nationalpark-Konzeption (PRO NATIONALPARK 1992) umgesetzt. Bereits darin war angeregt worden, das Nationalpark-Umfeld mit einzubeziehen und als Landschaftsschutzgebiet oder als Biosphärenreservat im Verbund mit dem Nationalpark als Kerngebiet für die Erhaltung der Kulturlandschaft auszuweisen. Leider wurden trotz aller Beteuerungen bezüglich eines Naturparks „de luxe“ vom Regierungspräsidium Kassel noch keine Schritte eingeleitet, um zum Beispiel ein EU-LIFE-Projekt zur Entwicklung des FFH-Gebiets (mit entsprechender EU-Finanzierung) in die Wege zu leiten. Was wohl erfolgen soll, ist im Jahr 2002 die Grunddatenerfassung, die für die FFH-Gebietsmeldung notwendig ist. Es werden bereits Untersuchungen zur Avifauna, zur Wildkatze, zu Bienen und zu Fledermäusen durchgeführt. Im Beratergremium diskutiert wurden weitere Untersuchungen zu Pilzen, zu Schnecken und zur Vegetationsentwicklung in zur Beobachtung eingegatterten Flächen.

7 Öffentlichkeitsarbeit

Unterdessen haben die Naturschutzverbände ihre kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (HARTHUN 1998, 1999) der letzten Jahre fortgesetzt. Der Erfolg dieser Sensibilisierung der Menschen in der Region für den Waldnaturschutz zeigt sich zum Beispiel in einer Entscheidung des Gemeindevorstandes Edertal, der das Forstamt im Januar 2001 bat, auf einen Einschlag unmittelbar außerhalb des Waldschutzgebiets zu verzichten, um einen Imageschaden von der Gemeinde abzuwenden.

Zur Förderung der Identifikation mit den Naturschönheiten der Region wurde ein Bildband „Naturerbe Kellerwald - Sinfonie einer Landschaft“ von Achim Frede, Andreas Hoffmann, Ralf Kubosch und Norbert Panek am 20.12.2000 vorgestellt. Im Ornithologen-Kalender 2001 erschien ein Artikel von Norbert Panek: „Der Kellerwald - beinahe ein Nationalpark“ (PANEK 2001).

Am 9. Februar 2001 forderte der AK Umwelt- und Naturschutz der CDU Bergstraße den Ministerpräsidenten Roland Koch in einer Resolution auf, das Gebiet des nordhessischen Kellerwaldes als Nationalpark auszuweisen. „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich ihrer besonderen Verantwortung für diesen einzigartigen Lebensraum zu stellen“ heißt es in der Resolution. „Die Ausweisung des von der Landesregierung vorgesehe-

nen Naturparks wird als ein der Bedeutung dieses Gebietes nicht angemessener Schutzstatus abgelehnt“. Der Sprecher des Arbeitskreises und Vorsitzende der CDU Bensheim, Dr. Michael Zanger, betont in seiner Begründung, dass die Einrichtung eines nordhessischen Nationalparks eine „ureigene Idee der CDU Hessen“ sei und hebt die Wirtschaftsimpulse eines Nationalparks hervor.

Greenpeace startete im April eine Informationskampagne „Schneewittchen darf nicht sterben“, im Zuge derer Kinder gebastelte Zwerge bemalen dürfen, die als Symbol für den Nationalpark Kellerwald stehen. In den Wochen darauf fanden sich über 1000 Zwerge in zahlreichen Schaufenstern von Geschäften in Frankenberg, Kassel, Korbach, Bad Wildungen, Frankenau, Vöhl, Marburg und Waldeck. Beim späteren Einsammeln der Zwerge wurden Positionen der Geschäftsinhaber zum Nationalpark zusammengetragen und an verantwortliche Politiker weitergeleitet. In den „Greenpeace Nachrichten“ (2/01) erschien neben der Aufforderung an die Leser, Briefe an Roland Koch zu richten (r.koch@stk.hessen.de), ein Zitat des Bergsteigers Reinhold Messner:

„Der Kellerwald ist ein auf dem Kontinent einzigartiger, naturnaher Buchenwald - ein europäisches Naturerbe. Nur als Nationalpark ist sein Schutz garantiert. Die Region würde dadurch nichts verlieren, aber sehr viel gewinnen. Eine Regierung, die das verhindert, ist kurz-sichtig“.

Am 14.5. 2001 erschien ein Artikel in der Wochenzeitschrift Der Spiegel zur Problematik der mangelnden Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in Hessen, ebenfalls mit einem Bezug zum Kellerwald.

Anfang Juni setzte Greenpeace in Wiesbaden vor der Staatskanzlei einen ausgehöhlten Baumstamm mit 17.000 Protestbriefen zum Schutz des Kellerwaldes ab.(Bild 2.6.01)

Die Jungsozialisten begrüßten die Ankündigung des SPD-Landesvorsitzenden Gerhard Bökel, im Falle eines Regierungswechsels schnellstens einen Nationalpark im Kellerwald auszuweisen (WLZ 3.7.01). Die Junge Union Waldeck-Frankenberg hingegen begrüßte die Gründung des Zweckverbandes und sieht die Gefahr, dass mit einem Nationalpark, der weiterhin „von ein paar ideologisch geprägten Politikern“ gefordert werde, Arbeitsplätze vernichtet würden (WLZ 24.8.01).

Pro Nationalpark, Verein zur Förderung der Kellerwaldregion gab im Sommer eine attraktive kleine Broschüre zum Waldschutzgebiet heraus, die reich bebildert auch Tipps zu Wanderungen im Gebiete gibt (PRO NATIONALPARK 2001). Ende August wurde eine Wander-Ausstellung „Vom Urwald bis zum Kulturbiotop“ von Norbert Panek (Abt. LFN) und Achim Frede (UNB) eröffnet, die einen Einblick in die vielfältige Kulturlandschaft Waldeck-Frankenbergs gibt. Die NABU-Gruppen Bad Wildungen und Edertal veranstalteten eine siebenteilige Veranstaltungsreihe mit Wanderangeboten, die von nahezu 300 Teilnehmern genutzt wurden. Die Saisonabschlusswanderung führte in das potenzielle Nationalparkgebiet (WLZ 23.10.01). Bernd Hannover stellte dabei die Bedeutung der alten Buchenwälder für die

Tierwelt dar und wies auf die bisher im Gebiet erfassten 759 Käferarten (89 auf der Roten Liste Deutschlands) und 734 Schmetterlingsarten hin. Die NaturFreunde veranstalteten ihren NaturFreunde-Tag 2001 mit 180 Teilnehmern im Kellerwald. Der Landesvorsitzende Jürgen Lamprecht forderte dabei die hessische Landesregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und Hessens ersten Nationalpark im Kellerwald auszuweisen. Auch die Landesdelegiertenkonferenz der NaturFreunde hatte sich im Mai für den Nationalpark ausgesprochen. Der BUND berichtete in seiner bundesweiten Mitgliederzeitschrift auf 2 Seiten über den aktuellen Stand zum Kellerwald (NORGALL 2001).

Die Gegnerschaft des Nationalparks bröckelte unterdessen: Im August diskutierte der Verein „Bürger gegen den Nationalpark“ seine Auflösung, entschied sich dann aber doch für die Weiterarbeit. Man wolle sein Ziel, einen Nationalpark zu verhindern um „die Vernichtung unserer grünen Lunge“ abzuwenden, weiterverfolgen. Außerdem möchte der Verein die Nationalparkgegner im Bayerischen Wald unterstützen, den Begriff „Nationalpark Bayerischer Wald (zu) tilgen“ (WLZ 24.8.01). Willi Müller wurde als 1. Vorsitzender bestätigt.

8 Ausblick

Dass die häufigen großen Vorbehalte gegen Schutzgebiete unbegründet sind, zeigt am Besten das Biosphärenreservat Rhön. Auch hier gab es große Widerstände bei der Einrichtung. Inzwischen haben zahlreiche Nachbar-Gemeinden ein starkes Interesse an einer Ausweitung des Biosphärenreservats um über die Hälfte des hessischen Anteils (ca. 35000 ha). Sie wollen Anteil haben an der Vermarktung des attraktiven Schutzgebiets und den Zuschüssen der Europäischen Union.

Auch der seit 1998 bestehende Nationalpark Hainich in Thüringen ist ein großer Erfolg. Auch hier wurde seit der Ausweisung kein Laubbaum mehr gefällt, zahlreiche Forschungsprojekte werden durchgeführt. Der Nationalpark ist eine anerkannte und akzeptierte Einrichtung in der Region - die kritischen Stimmen sind verstummt. Die Besucherzahlen für den Nationalpark mit dem werbewirksamen Slogan „Urwald in der Mitte Deutschlands“ liegen inzwischen bereits bei 60.000 - 80.000, obwohl sie vor wenigen Jahren noch fast bei Null lagen (GROßMANN 2001).

Auch in den USA war man mutiger: Der ehm. US-Präsident Bill Clinton schloss im Januar 2001 fast ein Drittel des Staatswaldes von der wirtschaftlichen Nutzung aus. Auf 56 Millionen Hektar Wald wurde industrielle Abholzung und Straßenbau verboten.

In Hessen gilt der Einschlagstopp für Laubholz nun laut Umweltminister Dietzel mindestens für die nächsten zwei Jahre, „vielleicht wird daraus sogar ein Dauererlass“ (WLZ 24.10.01), teilte er auf der Kreisvorstandssitzung des NABU am 19.10.2001 mit. Eine Besonderheit hat der Naturpark damit schon. In seinem Bericht für Prisma betonte Dietzel, die Landesregierung bekräftige „ihre Bereitschaft, dem neuen Leitbild deutscher Naturparke zu folgen und diese deutlicher als bisher bei der Entwicklung zu Vorbildlandschaften zu unterstützen“. Es

soll ein „Naturpark neuer Prägung“ geschaffen werden (DIETZEL & HELMERT 2001). Laut einem Bericht der HNA (19.11.01) seien für den Naturpark nun sogar insgesamt 20 Millionen Mark für die nächsten Jahre vorgesehen. Ob hier tatsächlich eine Aufstockung vorgenommen wurde, war dem Autor bei Fertigstellung dieser Veröffentlichung nicht bekannt.

Eine langfristige Garantie für einen nachhaltigen Schutz kann aber nur eine entsprechende Festlegung in einer Nationalpark-Verordnung sein. Nur eine solche klare Willensbekundung der Landesregierung kann letztlich der Schlüssel zur Erschließung von Fördermitteln sein, die den Naturpark zum „Naturpark de luxe“ werden lässt und damit Zuschüsse der Europäischen Union in das gesamte Umfeld bringen kann. Der Spitzenkandidat der SPD im Landtag, Gerhard Bökel, bekennt sich inzwischen ganz offen zum Nationalpark. Bökel warf der CDU und FDP auf dem Landesparteitag am 16.6.01 vor, im Naturschutz hantierten sie nur mit der Kettensäge. „Sofort nach der Regierungsübernahme werden wir den Kellerwald als Nationalpark ausweisen“, versprach Bökel auch auf der Sommerreise der SPD-Landtagsfraktion (WA 28.6.01, WLZ 30.6.01). FDP-Fraktionschef Uwe Hahn sagte im November 2001, es sei Wunsch der Fraktion, den Naturpark zu einer echten Attraktion, zu einem „Naturpark de luxe“ zu machen. Die Liberalen stellen sich „eine Qualität wie im Nationalpark Bayerischer Wald“ vor, so Hahn (WA 22.11.2001). Laut WLZ sagte Ministerpräsident Roland Koch im März in Volkmarren, die Landesregierung habe sich vorgenommen, der Region die Angst vor einem Nationalpark zu nehmen. „Wir wollen einen attraktiven Kellerwald, einen Vorzeige-Nationalpark, mit dem sich auch die Menschen in der Region identifizieren können“ (WLZ 5.3.01).

9 Spendenaufruf

Eine Kampagne für den Nationalpark Kellerwald kann immer nur so umfangreich sein, wie die Summe der eingehenden Spenden, die sie finanzieren. Der NABU ist auf diese Spenden angewiesen, um seine Funktion als Anwalt der Natur wahrnehmen zu können. Bitte unterstützen Sie diese Arbeit! Spendenkonto: NABU Hessen, Stichwort „Kellerwald“, Sparkasse Waldeck-Frankenberg, BLZ 523 500 05, Konto-Nr. 02 020 030.

10 Literatur

- DIETZEL, W. & HELMERT, M. 2001: Der Kellerwald spaltet die Geister. Prisma, Zeitschrift der GH Kassel **62**: 11-17.
- GROßMANN, M. 2001: Auf dem Weg zum Buchen-Urwald - Nationalpark Hainich. Nationalpark (3): 48-51.
- FREDE, A. 1999: Der geplante Buchenwald-Nationalpark Kellerwald in Hessen -Naturausstattung, Ziele und Sachstand. Tagungsband Natur- und Kulturlandschaft, Höxter: 85-87.
- HARTHUN, M. 1998: Woran der Nationalpark Kellerwald vorerst scheiterte. Natur und Landschaft **73** (5): 223-227.

- HARTHUN M. 1999: Aktuelle Entwicklungen zum geplanten Nationalpark Kellerwald nach dem Regierungswechsel in Hessen: Nationales Naturerbe oder Wirtschaftsforst. Jahrbuch Naturschutz in Hessen 4: 217-224
- HARTHUN, M. 2000a: Nationalpark Kellerwald kurz vor dem Ziel? Die Entwicklungen im Jahr 2000. Jahrbuch Naturschutz in Hessen 5: 272-279.
- HARTHUN, M. 2000b: Nationalpark Kellerwald: Beschwerde bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen die Bundesrepublik Deutschland/ Bundesland Hessen. Jahrbuch Naturschutz in Hessen 5: 279-285.
- NABU 2001: Stellungnahme zu dem geplanten Skigebiet am Peterskopf im Waldschutzgebiet Edersee. NABU Landesverband, NABU Waldeck-Frankenberg und NABU Edertal. 7. Juni 2001.
- NORGALL, T. 2001: Nationalpark in spe: Der Kellerwald. Wie er im Buche steht. BUNDmagazin (3): 18-19.
- PANEK, N. 2000: Schützt endlich die Buchenwälder. Nationalpark (3): 44-47.
- PANEK, N. 2001: Der Kellerwald - beinahe ein Nationalpark. Ornithologen-Kalender 2001. Jahrbuch für Vogelkunde und Vogelschutz. Aula-Verlag: 197-208.
- SCHRÖDER, M. 2001: Rechtsgutachten: Bindungen und Handlungsspielräume in Bezug auf das Meldegebiet Kellerwald im Rahmen der FFH-Richtlinie. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten. 41 S.
- PRO NATIONALPARK 1992: Nationalpark Kellerwald - Naturschutz und Regionalentwicklung im Einklang. Broschüre.
- PRO NATIONALPARK 2001: Waldschutzgebiet Kellerwald - Europäisches Naturerbe Buchenwald. Broschüre
- TAMM, J. 1999: Tierische Aussichten im geplanten Nationalpark Kellerwald. Nationalpark (1): 40-44.
- ZIEHM, C. 2000: Rechtsgutachten: Zur Frage der Europarechtskonformität des beabsichtigten bzw. bereits durchgeführten Holzeinschlags in dem als sog. FFH-Gebiet vom Bundesland Hessen gemeldeten Kellerwald. Im Auftrag von Greenpeace e. V. September 2000. 17 S.
- ZIEHM, C. (2001): Zur Frage der Europarechtswidrigkeit des im Kellerwald beabsichtigten Holzeinschlags sowie der beabsichtigten Ausweisung als Naturpark - Replik auf das von der hessischen Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten. Im Auftrag von Greenpeace e. V. 14 S.

Anschrift des Verfassers:

Dipl.-Biol. Mark Harthun
 NABU Hessen
 Garbenheimer Str. 32
 35578 Wetzlar
 Tel. 06441/45043
 NABU.Hessen@t-online.de
 www.NABU-Hessen.de

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch Naturschutz in Hessen](#)

Jahr/Year: 2001

Band/Volume: [6](#)

Autor(en)/Author(s): Harthun Mark

Artikel/Article: [Kellerwald: Naturpark oder Nationalpark? Die Entwicklungen im Jahr 2001 209-215](#)